Bayerischer Landtag

2. Legislaturperiode

Tagung 1951/52

Beilage 1763

Zur Beilage 1671

Der Bayerische Ministerpräsident

München, den 3. November 1951

An den
Herrn Präsidenten
des Bayerischen Landtags
München

Betreff:
Räumung der Pasinger Waldkolonie

Zu dem Beschluß, den der Landtag am 17. Oktober 1951 zu obenbezeichneter Angelegenheit gefaßt hat, beehre ich mich mitzuteilen, daß ich bereits mit Schreiben vom 25. September 1951 den Landeskommissar für Bayern gebeten habe, bei Military Post München die Freigabe der Pasinger Waldkolonie zu erwirken. Im Anschluß hieran hat am 19. Oktober 1951 eine Besprechung auf dem Landeskommissariat stattgefunden, an der u. a. von bayerischer Seite Staatsminister Zietsch, Oberbürgermeister Wimmer, Landrat Hecker und von amerikanischer Seite der stellvertretende Landeskommissar Professor Dr. Oron J. Hale; der zuständige Abteilungsleiter Dr. Hill und der Resident Officer in München, Mr. Godfrey, teilgenommen haben. In dieser Besprechung ergab sich, daß keine Möglichkeit besteht, eine Zurücknahme des Räumungsbefehls für die Waldkolonie zu erwirken. Andererseits wurde von amerikanischer Seite zugesichert, daß den Betroffenen gegenüber bei Durchführung der Räumung das größtmögliche Entgegenkommen gewährt werden würde. Insbesondere wurde bekanntgegeben, daß aus Heidelberg die Genehmigung eingetroffen sei, 34 Wohnungen in der Agnes-Bernauer-Straße freizugeben, wobei allerdings die Freigabe von einer reibungslosen Abwicklung der Räumung in Pasing abhängig gemacht wurde.

Military Post München und das Landeskommissariat haben zu der Angelegenheit eine gemeinsame Erklärung abgegeben, in der es heißt:

„In Anbetracht des bevorstehenden Eintreffens zusätzlicher amerikanischer Truppeneinheiten, deren Anwesenheit für die Sicherheit Westeuropas und der Bundesrepublik notwendig erscheint, müssen verschiedene, bereits der Beschlagnahme unterliegenden Wohnungen und Wohnhäuser auch im Gebiet des Münchener Militärbereichs zur Aufnahme dieser Truppenkontingente völlig geräumt werden. Zu diesen Wohnungen zählen auch jene in München-Pasing, die ehemals durch Angehörige der IRO belegt waren. Die deutschen Behörden sind ersucht worden, bei der Frei-

machung dieser Unterkünfte für die Armeeeinheiten behilflich zu sein. Wie schon mehrfach betont, haben die jetzigen Bewohner der Pasinger Wohnungen keinen Rechtsanspruch auf diese. Es war ihnen vielmehr seinerzeit mit Rücksicht auf die heiklen Wohnverhältnisse gestattet worden, in den beschlagnahmten Räumen vorübergehend zu bleiben. Dies war, wie gesagt, eine Ausnahmeregelung, die auf Grund der damaligen Wohnungslage getroffen wurde. Angesichts des erhöhten Militärbedarfs bleibt jedoch jetzt keine andere Möglichkeit, als auf eine rasche Freimachung dieser Häuser und Wohnungen zu dringen.“

Im Hinblick auf diesen Sachbestand erscheinen weitere Schritte in der Angelegenheit zwecklos.

(gez.) Dr. Ehard,
Bayerischer Ministerpräsident

Beilage 1764

Zur Beilage 278

Bayerisches Staatsministerium
der Finanzen

München, den 30. Oktober 1951

An den
Herrn Präsidenten
des Bayerischen Landtags
München

Betreff:
Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der
Versorgung der Beamten auf Zeit

Ein im Hinblick auf den Beschluß des Bayer. Landtags vom 28. Februar 1951 betr. Vorlage eines Gesetzentwurfs zur Regelung der Versorgung der Beamten auf Zeit von dem bayer. Staatsministerium der Finanzen ausgearbeiteter Gesetzentwurf hat dem Ministerrat zur Beschlußfassung vorgelegen. Auf Grund der Beratung im Ministerrat ist er entsprechend einem Beschluß des Ministerrats am 18. Oktober 1951 noch den kommunalen Spitzenverbänden zur Stellungnahme übersandt worden.

(gez.) Zietsch,
Staatsminister